

Haushaltsrede 2010

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Richter,

Sitzen wir auf einem Pulverfass?

Der Gestaltungsspielraum auf kommunaler Ebene wird in den nächsten Jahren dramatisch beschnitten sein. Viel stärker als andere Regionen in Deutschland und Baden-Württemberg wurden wir als Kernland der deutschen Industrie im Raum Mittlerer Neckar voll erfasst von der Finanz- und Wirtschaftskrise. Wir alle spüren die Konsequenzen und Nöte, die Wirtschaftskrise und der drohende Verlust des Arbeitsplatzes in die Familien bringen. Bislang konnte durch das Instrument der Kurzarbeit höhere Arbeitsplatzverluste verhindert werden, aber wir wissen nicht, was Ende 2010, wenn die Kurzarbeit ausläuft, passiert.

Die Folgen dieser Krise schlagen auch auf den Reichenbacher Haushalt voll durch und bringen uns in die prekäre finanzielle Situation, in der wir jetzt sind. Trotz Erhöhung so mancher kommunaler Steuer, mit der wir bis an die Schmerzgrenze unserer Bürgerinnen und Bürger gehen mussten und gegangen sind, können wir unseren Haushalt nicht ausgleichen. Das wird sich auch im Jahr 2011 nicht ändern. Unsere Haushaltssituation heute und über das Jahr 2010 hinaus lässt wenig Hoffnung aufkommen.

Aufs Neue zeigt sich die Abhängigkeit kommunaler Finanzen von wirtschaftlicher Entwicklung und der Entwicklung der Löhne und Gehälter in Deutschland. Kommunale Steuern und Abgaben sind nicht in der Lage die nötige Geldmenge in die Gemeindekasse zu spülen, um nachhaltig die vielen kommunalen Aufgaben finanzieren zu können.

In Bildung investieren

Die finanzielle Situation der Kommunen spitzt sich auch deshalb zu, weil immer mehr Aufgaben auf uns zukommen, die Bund und Land zu Pflichtaufgaben für uns Kommunen machen, ohne uns die entsprechenden Finanzierungsmittel zur Verfügung zu stellen. Ganztageschule, Kinderkrippe, Sprachhilfe, Orientierungsplan, all das sind bildungspolitische Maßnahmen und Angebote für Familien, hinter denen wir voll und ganz stehen und die wir für unabdingbare Zukunftsaufgaben halten. Denn wir müssen Abschied nehmen vom Bild der traditionellen Rollenverteilung in unseren Familien, auch wenn einige das nicht gerne hören oder wahrhaben wollen. Viele Familien werden in Zukunft immer mehr davon abhängig sein, dass beide Partner arbeiten, um am gesellschaftlichen Leben wirklich teilhaben zu können. Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Investitionen in Bildung haben für uns deshalb oberste Priorität.

Aber die Finanzierung dieser Angebote kann nicht nur zu Lasten der Kommunen und Eltern gehen. Das vom Noch-Ministerpräsidenten viel gepriesene Kinderland Baden-Württemberg darf nicht nur eine leere Worthülse bleiben, dieser Ankündigung müssen auch Taten und vor allem Landesmittel folgen. In der Krise in Bildung investieren, das ist für uns der richtige Weg aus der Misere.

Für Generationen bauen – Zukunft für alle schaffen

Wer sich den Traum vom Eigenheim auf einem unserer Bauplätze leisten will, ist bei den heutigen Kosten in der Regel auf mehr als einen Verdienst angewiesen. Dabei bieten wir

keine Luxusbauplätze an, auf denen riesige Traumhäuser entstehen können. Noch sind wir zu einfallslos in der Entwicklung unserer neuen Baugebiete. Sie richten sich in der Regel nur an eine Zielgruppe, statt explizit die Möglichkeit zu schaffen, dass mehrere Generationen in den geplanten Gebäuden zusammenleben können.

Unsere Vereine und Organisationen machen Reichenbach lebens- und liebenswert

Es steht zu befürchten, dass wir in Zukunft unsere weichen Standortfaktoren wie Musikschule, Vereine und Einrichtungen nicht mehr in dem bisherigen Maße unterstützen können. Aber gerade diese Einrichtungen machen Reichenbach attraktiv. Wir wandeln also auf einem schmalen Grat, der so schwierig ist, dass wir jederzeit abstürzen können. Eine Kürzung der Zuschüsse bedeutet zwangsläufig eine Erhöhung der Vereinsbeiträge und Gebühren. Und dann stellt sich wieder die Frage, wer kann sich das noch leisten? Dabei ist der Ausgleich durch Sport und Musik, durch Bildung und Literatur für Kinder, Jugendliche aber auch Erwachsene so wichtig. Deshalb ist für uns die Unterstützung unserer Vereine und Organisationen unabdingbar.

Keine Steuergeschenke auf Schuldenbasis

Und was tut die Bundesregierung angesichts dieser Situation? Mit den im Dezember beschlossenen Steuergeschenken des sogenannten Wachstumsbeschleunigungsgesetzes verschärft sie die ohnehin prekäre finanzielle Situation der Kommunen noch mehr. Als Gemeinde bleibt uns nichts anderes übrig, als die damit verbundenen Einnahmeausfälle durch höhere Steuern und Gebühren auszugleichen. Wir geben sie damit letztlich an die Bürgerinnen und Bürger weiter. Und was wächst ist der Schuldenberg. Eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte findet nicht statt. Wie stellt der Sachverständigenrat treffend fest: Steuersenkungen finanzieren sich auch unter günstigsten Bedingungen nur zu einem sehr geringen Teil selbst. Und die Länder spielen dieses Spiel mit und brüsten sich damit, dass für Bildung mehr herausgeschlagen wurde als ursprünglich geplant. Leider kommt davon auf kommunaler Ebene kaum etwas an. Allein die Einnahmeausfälle durch die wegbrechende Gewerbesteuer belasten die Städte und Gemeinden mit 900 Millionen Euro und die Senkung bei der Einkommensteuer mit 600 Millionen Euro. Die originäre Steuer der Gemeinden, die Grundsteuer, brachte bundesweit im Jahr 2008 nur 11 Milliarden Euro ein, das sind ca. 16% der gemeindlichen Einnahmen. Wir haben hier kräftig erhöhen müssen, und das belastet sowohl die Eigentümer als auch die Mieter. Damit nehmen wir den Menschen das bisschen, das sie durch die Entlastungsgesetze auf Bundesebene erhalten. Ist das ehrlich und redlich?

Verantwortlich haushalten - die wenigen kommunalen Spielräume nutzen

Haben wir in den letzten Jahren etwas falsch gemacht?
Haben wir unser Geld in windigen Transaktionen an den Finanzmärkten verschleudert?
Oder sind wir von Banken schlecht beraten worden? Haben wir Firmen aus Reichenbach durch mangelnde Kooperationsbereitschaft oder falsche Steuerpolitik vergrault?
All diese Fragen können wir klar verneinen! Wir sind in den letzten Jahren sehr sorgsam mit dem Geld umgegangen, um Reichenbach zukunftsfähig aufzustellen.

Leider ist es uns nicht gelungen ausreichend Rücklagen aufzubauen. Dazu fehlte uns die Konstanz in den Steuereinnahmen. Aber auch die notwendigen Investitionen in den letzten Jahren, z.B. in das Freibad, in die Brühlhalle, in die Kinderkrippe, in Ganztageschule und in Kinderbetreuung, haben diese Rücklagenbildung nicht ermöglicht. Hinzu kommt die Tatsache, dass im bundesweiten Durchschnitt 91 Prozent der Ausgaben entweder durch gesetzliche Vorgaben oder langfristige Verträge (z.B. Personal, Leasing, ...) gebunden

sind. Uns würde die genaue Zahl für Reichenbach interessieren, um abschätzen zu können, wie wir hier liegen. Diese Zahl zeigt aber klar und deutlich, wie wenig Gestaltungsspielraum wir haben, um Wünsche aus der Bevölkerung, auch wenn sie absolut verständlich sind, z.B. Investitionen in unser Straßennetz, umzusetzen.

In nachhaltige Maßnahmen investieren – verantwortlich mit unserer Umwelt umgehen

Gerade die Kommunen sind bei Investitionen im Sinne der Nachhaltigkeit in den letzten Jahren vorbildlich gewesen, sicher auch angespornt durch unterschiedliche Programme von Bund und Land. Wir in Reichenbach haben in unserem Schulzentrum einiges getan und wollen dies in diesem Jahr fortführen.

Ebenso steht die Sanierung des Rathauses an, mit der wir einen weiteren Beitrag zur Energieeinsparung und damit zur CO₂-Reduzierung leisten wollen.

Leider sind wir nicht in der Lage unsere Heizung in der Schulsporthalle auf den nötigen Stand zu bringen, dass sie dem Immissionsschutzgesetz entspricht. Und wer ruft hier nach dem Staatsanwalt? Müssen Schulen und Vereine hier in Zukunft im kalten Sport treiben? Wir können die notwendige Investition nicht durchführen, wenn wir nicht wissen, wie die Zukunft dieser Halle aussieht. Hier gilt es ernsthaft um tragfähige Lösungen im Sinne eines Miteinanders zu ringen, denn nur so können eventuell notwendige Zuschüsse gewonnen werden. Ein positives Beispiel dieses erfolgreichen Miteinanders dazu ist die Sanierung des Kunstrasenplatzes durch den VfB Reichenbach mit Unterstützung durch die Gemeinde.

Solch einen Prozess der gemeinsamen Verantwortung von Gemeinderat und Gemeindeverwaltung auf der einen Seite und Vereinen und Bürgerschaft auf der anderen Seite war unserer Fraktion schon vor 2 Jahren ein Anliegen. Da hat sich leider in der Vergangenheit trotz des positiven Beispiels VfB wenig getan.

Oder unsere Bücherei? Eine Ausgabensperre, eine Mittelreduzierung und eine Gebührenerhöhung retten den Haushalt nicht. Mittel- und langfristig müssen wir auch auf diesem Gebiet notwendigen Sachverstand und bürgerschaftliches Engagement zusammenbringen, um diese Einrichtung, die in schöne neue Räume umgezogen ist, zu erhalten.

Unsere Ganztageschule, auch wenn sie in diesem Jahr neu aufgestellt werden soll, kommt ohne massives kommunales Engagement nicht aus.

Doch die Gebühren können die Kosten nicht decken, das muss uns allen trotz möglichen Erhöhungen klar sein. Wir werden sehr sorgsam darauf achten, dass unsere Gebühren auch in Zukunft eine soziale Komponente haben werden. Wir rechnen damit, dass in nächster Zeit auch bei uns die Luft für Familien auf Grund der wirtschaftlichen Entwicklung dünner wird. Wir wollen deshalb, dass sich der Reichenbacher Gemeinderat mit einem Gutscheinheft nach Esslinger Modell auseinandersetzt und die Förderbereiche festlegt.

Reichenbach zukunftsfähig gestalten

Und dann geben die viel Geld für das Bahnhofsumfeld und die Bahnhofstraße aus – könnte ein Vorwurf an uns lauten. Kurzfristig sieht das so aus. Doch nur durch die Aufnahme in das Landessanierungsprogramm war es möglich, unsere Ortsmitte zwischen Rathaus und Bahnhof neu zu gestalten. Allein aus eigenen Mitteln hätten wir hier nichts bewegen können und dieses Gebiet wäre weiter herunter gekommen. Eine Eintrittskarte in eine zukunftsfähige Gemeinde sieht anders aus. Private und kommunale Investitionen, die hoffentlich auch in diesem Jahr Hand in Hand gehen werden, bringen uns hier weiter und sichern Arbeitsplätze. Uns war in diesem Zusammenhang das heimische und regionale Handwerk mit seinen Arbeitsplätzen wichtig, Trotz mancher Enttäuschung in den bisherigen beschränkten Ausschreibungen ist uns dieses Instrument weiter wichtig.

Es ist für uns Gemeinderäte schwer angesichts der weiter unklaren wirtschaftlichen Entwicklung die richtigen Entscheidungen zu treffen. Trotzdem sind wir der Meinung, dass wir hier alles unternehmen müssen, um das Bahnhofsareal voran zu bringen. Endlich werden auch Bahn- und Buskunden wieder die nötige Umsteige- und Wartequalität erhalten, die ein moderner ÖPNV bieten muss, damit der Abschied vom Auto nicht so schwer fällt.

Unsere Gemeinde muss alles unternehmen, um in der Zukunft die jetzige Qualität des Bahnverkehrs mit seinen Anschlüssen zu erhalten. Wenn es gelingt, den schnellen umsteigefreien Verkehr nach Esslingen, Cannstatt und Stuttgart sowie nach Göppingen, Geislingen und Ulm mit einer stündlichen umsteigefreien S-Bahn-Verbindung zu kombinieren, hätte sich der jahrelange Kampf für einen guten ÖPNV gelohnt. Doch neben der Quantität muss auch die Qualität stimmen.

Schlussbemerkungen

Aufgaben und Herausforderungen werden in den nächsten Jahren nicht weniger. Doch ohne die notwendigen Einnahmen geht nichts. Alles durch bürgerschaftliches Engagement zu ersetzen, ist nicht möglich.

Aber ohne die Einbeziehung unserer Bürgerinnen und Bürger in kommunale Entscheidungsprozesse können wir die Zukunft Reichenbachs nicht gestalten. Wenn uns das gelingt, sitzen wir nicht auf einem Pulverfass sondern stehen vor einer guten Weiterentwicklung der Gemeinde auch in schwierigen finanziellen Zeiten.

Wir möchten uns bei Ihnen Herr Bürgermeister Richter, Ihrer Verwaltung und ganz besonders bei Ihnen Herr Steiger und ihrem Team für die Mühen der Aufstellung des diesjährigen Haushaltsplanes bedanken. Angesichts der vielfältigen Risiken wird es schwierig werden, diesen Haushalt in der vorgelegten Form 1:1 umzusetzen.

Zustimmung der SPD – Gemeinderatsfraktion

Nach eingehender Beratung stimmt die SPD-Gemeinderatsfraktion dem vorgelegten Haushaltsplan 2010 zu.

Wir bringen zum Haushalt 2010 die folgenden Anträge ein:

1. Darstellung der Gesamtsumme der gebundenen Finanzmittel durch Vorgaben oder Verträge im Haushalt 2010

Die SPD-Fraktion stellt den Antrag, dass die Gemeinde ausrechnet, wie hoch der Anteil der gebundenen Mittel durch gesetzliche Vorgaben oder langfristige Verträge, usw. am Gesamthaushalt sind und diesen Anteil mit dem Bundesdurchschnitt von 91 Prozent zu vergleichen.

Damit erfährt die Öffentlichkeit, wie viel Gestaltungsspielraum die Verwaltung und der Gemeinderat überhaupt noch hat.

2. Erstellung eines Parkkonzeptes

Die SPD-Fraktion stellt den Antrag, dass die Gemeindeverwaltung für den zentralen Innerortsbereich und den Park+Ride-Bereich ein Parkkonzept entwickelt und dabei eine Kosten-Nutzen-Bilanz vorlegt.

Im zentralen Ortsbereich sind in den letzten Jahren durch Bau- und Gestaltungsmaßnahmen große Veränderungen entstanden. In absehbarer Zeit werden sich in diesen Lagen weitere Veränderungen ergeben. Dies macht die Erstellung eines Parkkonzeptes erforderlich.

Die Anschaffung und Aufstellung von Park-Automaten ist mit hohen Kosten verbunden. Aus diesen Gründen muss eine entsprechende Kosten-Nutzen-Kalkulation dieses Parkkonzept ergänzen, um dem Gemeinderat eine Entscheidungshilfe zu bieten, an und in welchen Situationen Parkscheinautomaten sinnvoll bzw. wirtschaftlich sind.

3. Förderung von Fotovoltaikanlagen durch Bürgersolar-Genossenschaften

Die SPD-Fraktion stellt den Antrag, dass die Gemeinde die Gründung einer Bürgersolar-Genossenschaft durch eine geeignete Auftaktveranstaltung fördert und bei Bedarf entsprechende gemeindeeigene Flächen zur Verfügung stellt oder sich aktiv an der Vermittlung geeigneter Flächen und Dächer beteiligt (vgl. Weilheim/Teck).

Die gekürzte Förderung der Fotovoltaik durch die neue Bundesregierung erschwert den Aufbau und Betrieb solcher Fotovoltaikanlagen. Nur durch die ideelle Unterstützung und den Einsatz solcher Anlagen auf wirklich geeigneten Standorten lässt zukünftig noch solche Bürgersolar-Genossenschaften zu.

Auf der anderen Seite spielen diese Anlagen eine wichtige Rolle in der zukünftigen umweltgerechten Energieerzeugung.

In unseren Augen soll Reichenbach auch hier mehr Vorbildcharakter übernehmen und dadurch einen weiteren weichen Standortfaktor hinzugewinnen.

4. Familienfreundliches Reichenbach durch ein Gutscheineft nach Esslinger Vorbild

Nachdem wir zum Haushalt 2009 über die Kosten eines Gutscheineftes nach Esslinger Vorbild gefragt haben, bitten wir die Verwaltung in diesem Jahr darum einen konkreten Vorschlag für die Einführung zu erarbeiten, der dann vom Gemeinderat im Laufe des Jahres beraten und verabschiedet werden könnte.

Es wäre dann für das Jahr 2011 haushaltswirksam.

Begründung:

Es ist abzusehen, dass ab dem Jahr 2011 die Belastungen für Familien und Alleinerziehende steigen werden. Um Kindern eine möglichst große Chancengleichheit zu ermöglichen, benötigen sie eine entsprechende Unterstützung.

5. Stadtplan mit Hilfen und Unterstützungsmöglichkeiten für Menschen mit Einschränkungen

Die Verwaltung wird beauftragt einen Stadtplan für Menschen mit Einschränkungen (Behinderungen) für ein begehbares und erlebbares Reichenbach zu erstellen.

Begründung:

Die Sicherheit und die Mobilität bewegungseingeschränkter Menschen muss ein großes Anliegen unserer Gemeinde sein. Dazu gehören u.a. die ausreichende Zahl, gute Verteilung, gute Ausstattung und Kenntlichmachung der Behindertenparkplätze.

Ein entsprechender Stadtplan ist unabdingbar. Auch sind behindertengerechte WCs im Rahmen der freundlichen Kundentoilette zu vermerken.

Außerdem sind Antworten auf die folgenden Fragen wichtig:

Welche Geschäfte machen Hauslieferungen?

Welche Geschäfte haben Rampen für Kinderwagen oder Rollatoren ?

Wo befindet sich statt eines Zugangs eine Klingel?

Etc.

6. Interkommunale Kooperation zur Kostensenkung

Durch die weiter steigenden Kosten und die Schwierigkeiten zum Ausgleich der kommunalen Haushalte beauftragen wir die Verwaltung mit den Nachbarkommunen auch über den Gemeindeverwaltungsverband hinaus, Vorschläge zu einer Zusammenarbeit zu machen und mit den Kommunen entsprechende Kontakte zu knüpfen..

Durch eine verstärkte freiwillige Zusammenarbeit der Kommunen kann dem auf kommunalen Haushalten lastenden Druck wirksam begegnet werden. Indem Kommunen sich entscheiden, Aufgaben oder Aufgabenteile gemeinsam wahrzunehmen, können sie über die Intensivierung der interkommunalen Zusammenarbeit Handlungsressourcen zurückgewinnen, die andernfalls nicht zur Verfügung stünden. Sie werden damit besser in der Lage sein, sowohl die kommunale Dienstleistung den Bürgern anbieten zu können, als auch die Kosten durch eine vergrößerte Bemessungsgrundlage zu reduzieren.

Im Mittelpunkt der Entwicklung steht auch eine verstärkte Zusammenarbeit der Kommunen bei den internen Servicebereichen wie dem gemeinsamen Einkauf, Personaldienstleistungen und der Informationstechnologie. Diese Zusammenarbeit im so genannten Backoffice führt zur Effizienzsteigerung durch Größenvorteile und bewahrt doch das Modell des kommunalen Ansprechpartners für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort.

Beispielhaft sei aus unserem Umfeld erwähnt, dass es im Bereich der Berufsbildenden Schulen im Landkreis Esslingen gelungen ist im DV-Bereich durch gemeinsame Anschaffungen in den Jahren 2008/2009 ca. 90 000 Euro einzusparen.

7. Auswirkungen der Finanz- und Steuerpolitik des Bundes und des Landes Baden-Württemberg auf den Haushalt 2010

1. Die Verwaltung berichtet bis zum Ende des 1. Quartals 2010 (Ende März 2010) über die Auswirkungen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes und der Strukturveränderung der Gewerbesteuer (Senkung der Hinzurechnung von Immobilienmieten von 65 % auf 50 %) des Bundes und über die Auswirkungen der Entscheidungen der Landesregierung zu den Themen: Orientierungsplan für Kindergärten, Ausbau der Kleinkinderbetreuung, Sprachförderung im Vorschulalter, weitere Kürzungen

im kommunalen Finanzausgleich (für den Doppelhaushalt des Landes 2010/11 angekündigt), Senkung der Grundkopfbeiträge bei der Schlüsselzuweisung nach der mangelnden Steuerkraft.

2. Die Verwaltung stellt dar (in einem Finanzzwischenbericht), inwieweit aufgrund bundes- und landespolitischer Entscheidungen der vom Gemeinderat am 26.01.2010 verabschiedete Haushalt noch trägt. Gegebenenfalls ist dieser Zwischenbericht von Quartal zu Quartal zu wiederholen.

Begründung:

Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise die Kommunen erst in den kommenden 2 Jahren voll treffen werden, deshalb müssen wir unseren Haushalt „auf Sicht fahren“. Ohne genaue Kenntnis der finanzpolitischen Rahmenbedingungen könnte aber der Haushaltsvollzug zur Geisterfahrt werden – das gilt es zu verhindern

Reichenbach, den 26.01.2010

SPD-Gemeinderatsfraktion

Wolfgang Baumann, Sabine Fohler, Rudi Munz und Sigrid Bayer